Plenarprotokoll

104. Sitzung des Plenums
Freitag, 20. November 2015

Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
..... 8755

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3529
https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3529.pdf

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3590
https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3590.pdf

Vizepräsident Bernd Heinemann:
Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete
Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]: 8760

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Gestern haben wir noch sehr kontrovers über Flüchtlingspolitik diskutiert, und das ist gut so. Ich denke aber, heute ist es uns allen sehr wichtig, dass wir weiterkommen in der Frage: Wie kümmern wir uns um **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**, die bei uns Schutz suchen, und wie können wir das besser machen? Ich werde versuchen, ohne die Abkürzung UMAs (Unbegleitete Minderjährige Asylsuchende) auszukommen, weil für mich die Problematik zu ernst ist, als dass ich minderjährige Ausländer oder jugendliche Flüchtlinge als UMAs bezeichnen möchte.

Es sind Kinder und Jugendliche, die nach wochenlanger Flucht quer durch Europa bei uns eintreffen und nicht wissen, wie es weitergehen soll. Sie wissen nicht, wo ihre Eltern und ihre Verwandten sind. Es ist gerade gesagt worden: Oft wissen Sie nicht einmal, ob ihre Eltern und Verwandten in den Wirren des Krieges den Fluchtweg geschafft haben oder ob sie getötet wurden. Werte Kolleginnen und

Kollegen, um diese Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir uns kümmern. Sie bedürfen eines besonderen Schutzes.

Alles, was gerade bei dem anhaltenden Zustrom dieser Gruppe durch das Sozialministerium vorgestellt und als Notmaßnahme angeordnet wurde, können und müssen wir tragen. Für uns ist es aber auch wichtig zu unterstreichen, dass dies eine Zwischenlösung ist. Auch wenn die Ministerin nicht zuhört, will ich doch darauf hinweisen, dass es noch Probleme gibt. Als wir uns mit den sozialen Diensten in Neumünster zusammengesetzt haben, haben wir festgestellt, dass es durch die Struktur der Erstaufnahmeeinrichtungen und durch den massenhaften Zustrom von Flüchtlingen durchaus vorgekommen ist, dass dort viele unbegleitete Jugendliche und Kinder längere Zeit untergebracht wurden, als sie es eigentlich sollten, und dass auch die Zahlen nicht stimmig waren, was sicherlich auch daran liegt, dass sich einige dieser Jugendlichen dann, wenn sie stark und kräftig genug sind, wieder auf den Weg machen, ohne dass sie registriert worden wären.

Das zeigt, wie viel Sensibilität wir brauchen.

Ich halte es für gut, dass die **Jugendämter** jetzt endlich in die Lage versetzt werden, im Bedarfsfall junge Menschen an andere Kreisjugendämter abzugeben. So kommt es zu Entlastungen, zum Beispiel in Neumünster. Sie haben es ja erwähnt. Das Modellprojekt dort wird natürlich von uns unterstützt, und wir können nur hoffen, dass die strukturellen und finanziellen Mittel reichen, um dieses Modellprojekt nicht nur als Vorzeigeprojekt stehen zu lassen, sondern auch woanders umzusetzen.

Die gemachten Vorschläge werden, wie gesagt, auch von uns getragen. Wir unterstützen auch den Antrag der CDU-Fraktion. Wir wünschen uns, dass in dem Bericht tatsächlich auch immer das Ziel benannt wird: Wie weit sind wir in der Umsetzung, um die vorübergehenden Verschlechterungen der Standards baldmöglichst wieder aufheben zu können?

Die individuelle **Betreuung** muss gewährleistet sein; das ist für uns nicht verhandelbar. Denn viele dieser **Flüchtlinge** sind traumatisiert. Wir wollen im Moment nicht darüber streiten, möglichst auch grundsätzlich nicht, ob sechs oder acht Flüchtlinge in einem Zimmer schlafen. Ich glaube, das ist nicht das entscheidende Kriterium für diese Menschen. Vielmehr müssen die Sorge um die Seele und die Unversehrtheit an erster Stelle stehen. Deswegen müssen die medizinische und auch die seelische Versorgung sichergestellt werden, diese Versorgung darf nicht reduziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht muss es Ziel aller Maßnahmen sein, dass wir die Familien der unbegleiteten Flüchtlinge wiederfinden. Hier muss es eine unbürokratische Zusammenarbeit mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes geben, das über die notwendige Kompetenz verfügt. Auch die Bundesregierung muss ihre Haltung zum **Familiennachzug** überprüfen. Ich

appelliere an alle, an uns, an die verschiedenen Parteien, an die Regierung, an die verschiedenen Landesregierungen, dem, was in Berlin gerade im Print ist, den Nachzug von Familien zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen für zwei Jahre zu verbieten, entgegenzutreten. Das kann nicht sein.

Das ist ein grundsätzlicher Eingriff in die Grundrechte der Familien, insbesondere natürlich der Jugendlichen, aber auch der Eltern.

Wie soll man sich das vorstellen? Die Eltern sind noch in Syrien, und die Jugendlichen befinden sich irgendwo in Deutschland in irgendeiner Unterkunft, und man verweigert den Nachzug und damit das Zusammenkommen der Familie. Das ist unmenschlich und darf nicht Praxis werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Flüchtlinge brauchen in ihrer schwierigsten Phase ihres Lebensbei uns in Schleswig-Holstein oder in Deutschland oder anderswo Bezugspersonen. Diese Bezugspersonen sollten nicht wechseln. Deswegen befürworten wir, dass es immer mehr ehrenamtliche Lösungsansätze gibt, wie die Betreuung oder die Vormundschaft erfolgen können.

Auch Vereine wie Lifeline e.V. bei uns in Schleswig-Holstein oder dem Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein möchten wir gern Unterstützung geben. Wir sind gespannt, wie die Verhandlungen mit dem Sozialministerium und deren Anliegen, mehr finanzielle Unterstützung zu bekommen, ausgehen werden, um diese wichtige Aufgabe und Scharnierfunktion durchführen zu können. Dies sollten die betreffenden Vereine auch mit Unterstützung der Landesregierung umsetzen können.

Wir freuen uns darüber, dass wir uns hier im Grundsatz völlig einig sind. Die Herausforderungen sind immens und langfristig. Aber hier ist bereits deutlich geworden: Wir sind zuversichtlich. Wir schaffen das.

Beschluss:

1. Antrag Drucksache 18/3529 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt

2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3590 als selbstständiger Antrag
..... 8763

Ich schlage zunächst vor, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/3590 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären und in der

Sache abzustimmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Antrag der CDU zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.
Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag in der Drucksache 18/3529 durch den Bericht der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Unbegleitete Flüchtlingskinder sollen gleichmäßig verteilt werden
http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/37/debatten/top_25.html

Piraten fordern engere Zusammenarbeit mit dem DRK
Die Jugendhilfe-Bestimmungen dürften „nur so lange außer Kraft gesetzt werden wie es unbedingt notwendig ist“, mahnte Astrid Damerow (CDU) – zumal der Anstieg der Zahlen nicht überraschend komme. Dies sei „seit einem Jahr absehbar“ gewesen. Anita Klahn (FDP) stellte fest, dass Schleswig-Holstein in diesem Jahr über 2.500 Jugendliche aufnehme, obwohl es nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel nur 1.900 sein sollten.
Das wichtigste Ziel, so **Angelika Beer (Piraten)**, müsse es sein, die Familien der Jugendlichen wiederzufinden. Deswegen müsse das Land mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes zusammenarbeiten, und der Bund müsse seine Pläne für einen eingeschränkten Familiennachzug einstampfen.

Der Landtag verabschiedete schließlich einen CDU-Antrag, demnach die Landesregierung halbjährlich über den aktuellen Stand bei den minderjährigen Flüchtlingen berichten soll.